

**Interpellation** von Dr. Josef Gunsch (GP, Russikon) und Martin Ott (GP, Bäretswil)  
betreffend Drogenszene im Lettenareal

---

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass das Drogenproblem grösser denn je ist. Die bisherigen Bemühungen haben wenig oder nichts zur Lösung der komplexen Problematik beigetragen. Repressive Massnahmen gegenüber Drogenkonsumenten nützen wenig, der Drogenmafia ist nur mit anderen Massnahmen beizukommen.

Zürich hat die grösste offene Drogenszene Europas. Das Elend auf dem ehemaligen Bahnhofareal Letten ist unbeschreiblich gross. Wir möchten zur Linderung der Not ein neues Konzept zur Diskussion stellen und bitten in diesem Zusammenhang den Regierungsrat um Stellungnahme und Beantwortung folgender Fragen.

1. Die Stadt Zürich ist im Zentrum eines wirtschaftlichen Grossraumes vom Genfersee bis nach Vorarlberg, von Norditalien bis Süddeutschland. Das ist auch bei den Drogen so. Der Kanton Zürich, die umliegenden Kantone, der Bund müssen Verantwortung, ja die Führung übernehmen. Deckt sich diese Ansicht mit jener des Regierungsrates? Ist er bereit, eine viel intensivere Führungsverantwortung als bisher zu übernehmen, die "dezentrale Drogenhilfe" der Gemeindepräsidenten mit Nachdruck weiter zu entwickeln, die Kantone einzubetten und den Bund hartnäckig zur Übernahme von Verantwortung zu drängen?
2. Die Szene auf dem Areal des früheren Bahnhofes Letten ist anders zusammengesetzt als frühere Szenen. Sie besteht grossmehrheitlich aus schwerabhängigen Fixerinnen und Fixern. Die Gelegenheitskonsumenten/-innen und die Raucher/-innen hüten sich, das Areal zu betreten. Sie decken ihren Bedarf anderswo. zusätzlich sind die Zugänge zum Areal leicht zu kontrollieren.

Als kurz- und mittelfristiges Vorgehen schlagen wir folgendes Szenario vor:

1. Der Kanton Zürich stellt beim Bund mit Nachdruck ein Gesuch für Drogenabgabe an die Schwerabhängigen auf dem Bahnhofareal Letten. Der Entscheid soll innerhalb von Wochen gefällt werden.
2. Die Abgabe wird als poliklinikähnlicher Betrieb organisiert. Die Einnahme erfolgt kontrolliert. Wie bei jeder medizinischen Poliklinik wird abgerechnet.
3. Es erfolgt eine Zugangskontrolle. Bezussberechtigungsausweise werden abgegeben.
4. Das Areal wird aufgeräumt und eine minimale Infrastruktur (WC, Regen- und Sonnenschutz, Behandlungsräume usw.) werden errichtet. (z.B. Container)
5. Nachdrücklich, mit Gesprächen, Kostenüberwälzung etc. sollen die Gemeinden und Kantone zur Übernahme ihrer Verantwortung angehalten werden, damit wird die Szene baldmöglichst dezentralisiert und in Zürich verkleinert werden.

Sieht der Regierungsrat Realisationschancen für ein Szenario dieser Art? Kann dazu allenfalls Notrecht beansprucht werden? Welche zeitlichen Abläufe sind möglich?

Wenn nein: Hat der Regierungsrat ein anderes, kreatives, problemorientiertes Konzept? Wie sieht es aus?

Dr. Josef Gunsch  
Martin Ott

|                               |                               |
|-------------------------------|-------------------------------|
| Daniel Schloeth               | Heidi Müller                  |
| Kaspar Günthardt              | Renata Huonker                |
| Hanspeter Amstutz             | Dr. Hansruedi Fischer         |
| Susanne Huggel-Neuenschwander | Verena Wiesner                |
| Peter Honegger                | Martin Bäumle                 |
| Walter Kramer                 | Gabriele Petri                |
| Astrid Kugler-Biedermann      | Esther Holm                   |
| Kurt Wottle                   | Irene Meier                   |
| Fritz Jauch                   | Dr. Hans Sigg                 |
| Ernst Frischknecht            | Dr. Marie-Therese Büsser-Beer |
| Vreni Püntener-Bugmann        | Thomas, Büchi*                |

Begründung:

Die Drogensituation in der Stadt Zürich verschärft sich massiv. Es ist mit grossem politischem Druck zu rechnen. Gewisse Kreise haben kein Interesse an der Lösung des Drogenproblems, weil ihnen die Überforderung der Stadt Zürich in dieser Frage von politischem Nutzen ist. Neue Ansätze können der Bevölkerung Hoffnung geben. Der vorliegende Vorschlag verzichtet in pragmatischer Weise darauf, das Drogenproblem als Ganzes angehen zu wollen. Er beschränkt sich auf die schwerabhängigen Fixer/-innen und ermöglicht durch eine Kosteneinbindung von Gemeinden und Kantonen eine schrittweise Dezentralisierung. So könnte auch das vom Gemeindepräsidentenverband nicht richtig mit getragene, dezentrale Drogenkonzept seine Wirkung entfalten. Langfristig sehen wir nur eine dezentrale Lösung.